

Bauernland für die ausländischen Kolonialtruppen und die Bonner Söldnerarmee. Die Bonner Armee braucht nach vorsichtigen Angaben für ihre ersten 500 000 Mann 380 000 ha Land, wodurch 55 000 lebensfähige Bauernwirtschaften ruiniert werden. 240 000 ha sind für Kasernen und Truppenübungsplätze, 140 000 ha für Flugplätze vorgesehen. 180 000 Bauern und ihre Angehörigen verlieren dadurch ihre Existenz. Nach Absichten des Bonner Kriegsministers Blank sollen z. B. in Nordrhein-Westfalen 30 000 ha, in Rheinpfalz 25 000 ha, in Hessen 18 733 ha, in Niedersachsen 10 000 ha, in Schleswig-Holstein 5000 ha und in Bayern 20 000 ha beschlagnahmt werden.

Es ist verständlich, daß diese Politik immer mehr den Widerstand der Bauern hervorruft. Dieses Aufbegehren gegen die Adenauerpolitik, das sich in Aktionen gegen den Landraub, in der Bildung von Ausschüssen gegen die Remilitarisierung, in Protestbriefen und Protestversammlungen zeigt, bringt Adenauer in eine immer heikler werdende Lage. Er versucht deshalb durch Versprechungen über angebliche Hilfe die Bauern zu beruhigen.

Einige Führer des Bauernverbandes leisten ihrem Auftraggeber in Bonn dabei volle Unterstützung. So war es auch mit dem seit 1951 geführten Theater um die Parität zwischen Landwirtschaft und Industrie, das mit einem traurigen Akt im Bonner Bundestag, wo das sogenannte Landwirtschaftsgesetz angenommen wurde, endete. Mit diesem Manöver sollten die Bauernverbandsführer den Widerstand der Bauern brechen, sie täuschen und bei der Stange halten. Und was ist dabei herausgekommen? Das „Handelsblatt“, Düsseldorf, vom 11. 7. 1955 schreibt dazu: „Faßt man die Berichterstattung kurz zusammen, so kommt man zu dem wohl beabsichtigten Schluß, daß die Ausschüsse eine Formulierung gefunden haben, die es allen recht machte. Die Einmütigkeit wurde durch dehnbare und auslegungsbedürftige Formulierungen erkaufte. Man verpflichtet die Bundesregierung nicht, sondern „setzt sie instand“, was der Regierung die Hände keineswegs bindet.“

Was bringt das Gesetz den Bauern wirklich? „Die Welt“ vom 9. 7. 1955 spricht offen von einer „Schonfrist für die Landwirtschaft“. In dieser Zeit soll die Strukturverbesserung — sprich: das Bauernlegen — durchgeführt werden. „Die Welt“ schreibt dazu: „Wenn man also der Landwirtschaft einen irgendwie gearteten Schutz gewährt, so ist das gleichsam ein Opfer, das die Allgemeinheit bringt, und dann muß man auch die Gewißheit haben, daß die Landwirtschaft in dieser Zeit die notwendige Strukturverbesserung auch durchführt. Denn darauf läuft es hinaus, und das ist der Kern des Lübke-Planes wie des Paritätsgesetzes, daß die vorhin erwähnte Struktur der Landwirtschaft auf die Dauer nicht zu halten ist!“ Somit ist die Bauernverbandsführung, die offiziell das Gesetz mit ausgearbeitet und beschlossen hat, an der Ruinierung der Masse der werktätigen Bauern beteiligt. Sie hat sich offen zum Feinde der Bauern und zum Komplizen Adenauers gestempelt.

Es ist allerhöchste Zeit, daß die Bauernverbandsführung durch wahre Vertreter der Bauern ersetzt wird, die nicht für die Pariser Verträge und die Remilitarisierung Westdeutschlands sind, die Adenauers Kriegspolitik, seine Agrarpolitik und das organisierte Bauernlegen ablehnen und bekämpfen und alles tun, um auch den westdeutschen werktätigen Bauern durch eine demokratische Bodenreform eine glückliche Perspektive zu eröffnen. Die Bauern in Westdeutschland sind im festen Bündnis und unter der Führung der Arbeiterklasse in der Lage, die Macht der Reaktion zu brechen.

M. R o s c h